



„Die Koalition sollte ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen“

Interview mit dem Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Hartmut Koschyk, CSU

Fotos: Brigitte Baumgart, Lesezeit: 11 Min.

Feuer auf den internationalen Finanzmärkten löschen, bei Staatskrisen in südeuropäischen Ländern helfen, den Haushalt sanieren, die Steuerlast senken: Das BMF hat große Aufgaben vor sich.

Herr Koschyk, der Bundestag hat entschieden, dem Staat Griechenland durch umfangreiche Garantien unter die Arme zu greifen – Milliarden des deutschen Steuerzahlers für ein marodes, überschuldetes ausländisches Staatswesen. Die Bevölkerung ist mehrheitlich gegen diese Maßnahme und fordert eine Beteiligung der Banken. Wäre eine „geordnete Insolvenz“, bei der auch die Banken einen Beitrag hätten leisten müssen, nicht auch besser für Griechenland, besser für die Europäische Union gewesen?

Wir kennen auf der Welt noch keinen Fall der geordneten Insolvenz eines Staates, der Mitglied eines Währungssystems ist. Es wäre unverantwortlich gewesen, in dieser Situation ein Experiment mit ungewissem Ausgang zu wagen. Deshalb sind wir überzeugt, dass das Paket, das für Griechenland geschnürt wird, die beste Lösung ist.

Viele Steuerzahler sehen das anders und beklagen, dass ihr Geld für die Pleite eines ausländischen Staats verbrannt wird ...

Man darf nicht übersehen, dass es sich momentan nicht um deutsches Steuerzahlergeld handelt: Vielmehr beteiligt sich die Kreditanstalt für Wiederaufbau an einem Sammel-Kredit für Griechenland. Dafür gibt es sehr strenge Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF), verbunden mit harten Maßnahmen, die die bisherige Regierungspolitik in Griechenland völlig auf den Kopf stellt. Und Vertreter der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und des IWF werden peinlichst genau die Erfüllung der Auflagen kontrollieren. Nur wenn Griechenland die Auflagen auf Punkt und Komma erfüllt, wird die nächste Tranche des Kredits an Griechenland ausgezahlt.

Der KfW-Kredit ist ja vom Bund verbürgt. Wenn der Kredit bis zum Ende bedient wird, ist das ja in Ordnung. Aber wenn nicht, springt der Bund ein und der deutsche Staat muss doch zahlen – da besteht für den Steuerbürger vielleicht juristisch, jedoch nicht

wirtschaftlich ein Unterschied: Da wird sein künftiges Geld riskiert, oder nicht?

Wir riskieren kein Geld des Steuerzahlers, sondern gewähren Griechenland einen Kredit, den es zu marktüblichen Zinsen zurückzahlen muss. Im Übrigen ist Deutschland ja nicht der alleinige Kreditgeber, sondern alle Mitgliedstaaten der Euro-Zone außer Griechenland beteiligen sich daran. Wir sind zuversichtlich, dass Griechenland mit den auferlegten Maßnahmen auf einen Kurs von Wachstum und Konsolidierung kommt.

Sie haben gesagt, man wollte sich nicht auf ein Experiment mit ungewissem Ausgang einlassen – aber bei dem nun verabschiedeten Gesetz handelt es sich doch auch um ein solches Experiment, denn auch diese Lösung ist weltweit geschichtlich einmalig?

Ja, aber nur durch das konzentrierte Handeln Europas im engen Schulterschluss mit dem IWF konnten wir die Stabilität unserer Gemeinschaftswährung sichern. Wir haben also zuallererst in unserem eigenen Interesse gehandelt. Die Lage ist vielleicht noch nicht ganz beruhigt, wurde aber doch erheblich stabilisiert. Die Inkaufnahme einer Staatsinsolvenz und die damit verbundene Umschuldungssituation hätte auch nach Ansicht der Experten von EZB und Bundesbank eine hohe Ansteckungsgefahr für andere Euro-Staaten mit Finanzproblemen bedeutet.

Was hätte denn passieren können?

Es ist ja nicht so, das wir keine Erfahrungen mit solchen Krisensituationen hätten: Die amerikanische Regierung hat damals Szenarien durchgespielt, ob man Lehman Brothers insolvent gehen lassen soll oder nicht. Heute finden Sie in der Fachwelt niemanden, der sagen würde, dass er mit dem heutigen Wissen diese systemisch relevante Bank noch mal insolvent gehen lassen würde. Das heißt aber nicht, dass wir nicht auch ein geord-



*„Wir riskieren kein Geld
des Steuerzahlers,
sondern gewähren
Griechenland einen Kredit.“*

netes Insolvenzverfahren für Staaten als langfristige Konsequenz aus der aktuellen Krise benötigen. Wir wollen, dass in der Ratsarbeitsgruppe unter Präsident van Rompuy auch darüber diskutiert wird.

Das gilt übrigens nicht nur für Staaten, sondern auch für Banken: Wir erarbeiten ein neues Insolvenz- und Restrukturierungsregime für Banken. Wir wollen dabei der Aufsicht ein frühzeitiges Eingreifen ermöglichen, wenn eine Bank in eine Schieflage gerät. Dabei sollen private oder öffentliche Träger überlebensfähige Teile der betroffenen Bank in Form einer Bridge-Bank in die Zukunft führen. Die nicht zukunftsfähigen Teile sollen dann abgetrennt werden und in die geordnete Insolvenz gehen.

Das schnell zusammengeschusterte Griechenland-Rettungs-Gesetz wurde maßgeblich auch damit begründet, dass internationale Spekulanten zum Angriff auf den Euro geblasen hätten. Daher wurde immer wieder gefordert, gleichzeitig auch Spekulantentum einzudämmen. Die Vorschläge einer Finanzmarktsteuer oder einer Finanztransaktionssteuer wirken aber in ganz anderer Weise – sie treffen vielleicht Daytrader oder Banken, aber nicht die ganz großen Währungsspekulanten des Typs „George Soros“. Ist es politisch nicht unlauter, dem unzufriedenen Wahlvolk Äpfel für Birnen zu verkaufen?

Im Rahmen der Krise ist klar geworden, dass wir auf den internationalen Finanzmärkten unregulierte Produkte haben, die Krisen beschleunigen können. Dazu gehört die Leerverkaufproblematik, dazu gehören manche Kreditausfallversicherungen, die sich, wenn sie gar nicht mehr wirklich an Kredite angehängelt sind, zu einem gefährlichen Spekulationsobjekt entwickeln können. Experten der internationalen Finanzwelt warnen heute mit drastischen Worten vor solchen Produkten.

Aber die haben Griechenland doch nicht in die Schieflage gebracht ...

Nein, mit Spekulantentum allein darf man die griechische Krise nicht erklären: Das ist vor allem eine Krise, die auf unsolide Haushaltspolitik und auf das Verschleiern von Haushaltskennziffern in Griechenland zurückgeht. Das ist Ergebnis von falscher Regierungspolitik, für die die griechische Bevölkerung nun einen hohen Preis bezahlen muss. Aber Überheblichkeit gegenüber der griechischen Politik der Vergangenheit nützt uns gar nichts: Klar ist, dass diese Art der Politik in Griechenland nicht weitergeführt werden kann und wird. Die Bundesregierung hat großen Respekt davor, wie die aktuelle griechische Regierung die Neuausrichtung der Haushalts- und Finanzpolitik angeht – und das unter den strengsten Auflagen, die es bislang in der internationalen Finanzwelt je gab.

Mit was könnte man das denn vergleichen?

Ähnlich strenge Regeln kennen wir bislang nur aus der Asienkrise zu Beginn der 90er-Jahre: Damals wurden asiatischen Ländern durch den IWF harte Reformen in der Haushalts- und Finanzpolitik auferlegt – übrigens mit einem ganz positiven Ergebnis: Die heutige Stärke Südkoreas geht maßgeblich aus den bitteren Erfahrungen und den harten Lernprozessen der Asienkrise hervor. Durch diese Roskur hat Südkorea die aktuelle Finanzkrise wesentlich besser überstanden als beispielsweise die europäischen Länder. Eine – wenn auch schmerzhaft – Neuausrichtung der Finanz- und Haushaltspolitik kann ein Land demnach zu neuer wirtschaftlicher Stärke führen.

Welche Art der Finanzmarktkontrolle halten Sie international für richtig?

Die aktuelle Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass es notwendig ist, Finanzmarktakteure und -produkte besser zu kontrollieren. Die G20 haben eine ehrgeizige Agenda vereinbart, die wir gewissenhaft abarbeiten. Entscheidend ist nun, dass wir den Schwung hierbei nicht verlieren. Einiges wie die Standards für

nachhaltige Vergütungsregeln haben wir schon umgesetzt. Aber bei anderen Fragen wie der Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten müssen wir uns weiter um internationale Lösungen bemühen. Die Bundesregierung hat deutlich gemacht: Wenn es nicht spätestens beim bevorstehenden G20-Gipfel in Toronto zu einer internationalen Lösung kommt, dann streben wir für die Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten eine europäische Lösung an.

Man kann den Eindruck gewinnen, dass da gerade ein Kräfteimesen zwischen Finanzwirtschaft und den Staaten stattfindet – werden die Staaten das gewinnen können?

Finanzmärkte müssen eine dienende Funktion haben! Durch zu viele intransparente Produkte ohne Regulierung haben die Finanzmärkte diese dienende Funktion nicht mehr erfüllt, viele Akteure haben sie auch gar nicht mehr wirklich im Blick gehabt. Das Finanzgeschäft der Banken hat sich vielfach von der Realwirtschaft in unverantwortlicher Weise gelöst. Wir haben in Deutschland, und das ist das Geheimnis unseres wirtschaftlichen Erfolgs nach dem Kriege, eine soziale Marktwirtschaft. Ihr Wesensmerkmal ist ein klarer Ordnungsrahmen für die Märkte. Die Freiheit des Marktes endet dort, wo die Funktionsfähigkeit des Marktes durch mangelnde Transparenz beeinträchtigt ist und sich Marktteilnehmer dadurch marktschädigend verhalten können.

Und was soll dann mit denen geschehen?

Für solche Fälle kennen wir in Deutschland harte Eingriffe des Staates: Ein Instrument ist zum Beispiel die Kartellgesetzgebung, deren Durchsetzung das Bundeskartellamt kontrolliert. Und auch auf europäischer Ebene braucht der Binnenmarkt ein verlässliches Regelwerk, damit er gut funktioniert: Das ist eine wesentliche Aufgabe der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten. Auch in den USA hat ein Umdenken eingesetzt: Die US-Administration ringt mit den beiden Häusern des Kongresses und den Marktakteuren sehr hart um eine bessere Regulierung des Finanzsektors, und innerhalb der G20 stehen die Vereinigten Staaten inzwischen bei Regulierungsfragen oft an der Seite der Europäer.

Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass manche G20-Staaten sagen: „Wir sind von der Krise nicht so betroffen!“ oder: „Wir haben unsere Hausaufgaben schon erledigt!“ Wir stehen deshalb vor der Herausforderung, alle in der G20 dafür zu gewinnen, dass wir zu international verbindlichen Regeln für die Finanzmärkte kommen, und dass sich der Finanzsektor an den Krisenkosten beteiligt.

Welchen Weg könnten die G20 dabei gehen?

Finanzminister Schäuble hat beim letzten G20-Finanzministertreffen vorgeschlagen, dass sich jedes Land zu nationalen Maßnahmen verpflichtet, um den Finanzsektor an den Krisenkosten zu beteiligen. Diese Maßnahmen können in der konkreten Aus-



Über Hartmut Koschyk, MdB

Hartmut Koschyk wurde 1959 in Forchheim/Oberfranken geboren, seine Familie stammt aus Oberschlesien. Er hat Geschichte und Politische Wissenschaft an der Universität Bonn studiert. Koschyk ist Kreisvorsitzender der CSU im Landkreis Bayreuth und gehört seit 2002 auch dem Kreistag des Landkreises Bayreuth an.

Seit 1994 ist er direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Bayreuth-Forchheim. Im Bundestag ist er Mitglied der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe. Von 2005 bis 2009 war Koschyk Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Seit 2009 ist er einer der beiden Parlamentarischen Staatssekretäre im Bundesministerium der Finanzen. Koschyk ist im Bundesministerium für die Bereiche Steuerpolitik und Finanzmarktfragen sowie für den gesamten Zollbereich zuständig.

Er ist stellvertretender Stiftungsratsvorsitzender der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ in Berlin. Von 1998 bis 2008 war er Mitglied des Beirates beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR. Koschyk ist Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande. Er ist verheiratet und hat drei Kinder, die Familie bewohnt das von ihr restaurierte Schloss Goldkronach in Franken.



Staatssekretär Hartmut Koschyk, MdB, (Mitte) in seinem Büro im Detlev-Rohwedder-Haus in der Berliner Wilhelmstraße mit StBMag-Chefredakteur StB Sascha König (rechts) und CoD Till Mansmann.

gestaltung dann durchaus voneinander abweichen. Sie können zum Beispiel rückwärts gerichtet sein oder sie können für die Bewältigung von Kosten zukünftiger Krisen erhoben werden. Das könnte die Brücke für einen gemeinsamen internationalen Weg in dieser Frage sein. Für einen solchen Erfolg treten wir nachdrücklich ein. Beim G20-Gipfel in Toronto im Juni müssen wir in dieser Frage ein Stück weiterkommen.

Kommen wir zum deutschen Steuerrecht: Insbesondere CSU und FDP haben im Wahlkampf Steuersenkungen versprochen: Sind die nun definitiv vom Tisch? Wie erklären das diese Parteien ihren Wählern?

Die Regierungskoalition sollte ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen: Wir haben nach Regierungsantritt, unter Fortführung der Maßnahmen aus der großen Koalition, schon einiges erreicht: Bereits im Rahmen des Konjunkturpakets II haben wir mit der Abflachung der kalten Progression begonnen. Außerdem haben wir das Bürgerentlastungsgesetz auf den Weg gebracht, mit einem jährlichen Entlastungsvolumen von rund 9 Milliarden Euro. Schließlich haben wir das Wachstumsbeschleunigungsgesetz umgesetzt, und somit eine Entlastung von Bürgern und Unternehmen von insgesamt 24 Milliarden Euro ab diesem Jahr erreicht, wobei allein durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz Familien zusätzlich um 4 ½ Milliarden Euro jährlich entlastet werden. Es war allen Koalitionspartnern klar, dass danach für weitere Steuerentlastungen nur

noch ein sehr begrenztes Volumen zur Verfügung steht. Wir haben von Anfang deutlich gemacht, dass wir die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse einhalten und auch unsere Verpflichtungen im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt voll erfüllen werden.

Also keine weiteren Steuererleichterungen?

Bereits in den Koalitionsvertrag haben wir eine Reihe von Maßnahmen zur Steuervereinfachungen hineingeschrieben, die wir abarbeiten werden. Die Länder haben sich nun mit 13 eigenen Vorschlägen zur Steuervereinfachung zu Wort gemeldet. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen. Aber bei alledem müssen wir realistisch sein: In den ersten Schritten sind nur Steuererleichterungen haushaltsneutraler Art möglich.

Können Sie ein paar dieser haushaltsneutralen Steuererleichterungen nennen?

Das ist ein Bündel von Maßnahmen, von denen ich hier gerne einzelne nenne: Zum Beispiel die vorausgefüllte Steuererklärung, stärkere Möglichkeiten elektronischer Art der Steuererklärung, zeitnahe Betriebsprüfung und die Reduzierung von Nachweispflichten.

Bei der Mehrwertsteuer werden viele verschiedene Modelle diskutiert – der Koalitionsvertrag sieht mindestens eine Überarbeitung der Kataloge für die verschiedenen Steuersätze vor, eine

weitergehende Reform ist aber auch möglich. Was halten sie steuerstrukturpolitisch für richtig?

Wir haben klare Verabredungen im Koalitionsvertrag. Wir warten nun die Vorlage eines Gutachtens ab, das die Problematik unterschiedlicher Mehrwertsteuersätze wissenschaftlich untersucht. Dieses Gutachten wurde bereits während der Großen Koalition vom Bundesfinanzministerium unter Einbeziehung des Finanzausschusses des Bundestags bei der Universität Saarbrücken in Auftrag gegeben. Ende Juni soll es nun vorliegen. Dieses Gutachten werden wir auswerten, und dann wird der Bundesfinanzminister die Einsetzung einer Regierungskommission vorschlagen. Aufgabe der Kommission wird es sein, Wege auszuloten, wie wir eine sinnvollere Systematisierung erreichen können.

Prof. Peffekoven (siehe Interview StBMag 06/2010, DokID NAAAD-43853) hat bereits die Abschaffung des ermäßigten Satzes vorgeschlagen. Was halten Sie davon?

Finanzminister Schäuble hat im Bundestag bereits darauf hingewiesen, dass ein erheblicher Teil des ermäßigten Steuersatzes auf Grundnahrungsmittel und Trinkwasser entfällt. Ich glaube nicht, dass die Begeisterung groß gewesen wäre, wenn wir da eine Anhebung fordern würden.

Die Begeisterung für die Absenkung des Satzes für die Hoteliers war ja schon nicht so groß ...

Ich stehe hinter dieser Entscheidung: Wir haben in 22 von 27 Staaten der EU niedrigere Mehrwertsteuersätze für das Übernachtungsgewerbe. Das führt zu Wettbewerbsverzerrungen vor allem in den Tourismusregionen nahe unserer Auslandsgrenzen ...

... wie in Bayern.

Nicht nur, das gilt auch für Rheinland-Pfalz, das Saarland, weite Teile der Ostseeküste. Ich habe in meinem Wahlkreis, zu dem Teile der fränkischen Schweiz und des Fichtelgebirges gehören, viele Hotels – keines davon gehört zu einer großen Kette, das sind alles inhabergeführte Häuser in verschiedenen Kategorien. Das ist bester Mittelstand, und der ist dankbar, dass er nun investieren kann. Den Tourismus-Standort Deutschland haben wir damit entscheidend gestärkt und international wettbewerbsfähiger gemacht.

Viele Hoteliers nehmen das, was sie an Steuern sparen, jetzt für Investitionen in die Hand. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband rechnet mit Investitionen von über 600 Millionen Euro in diesem Jahr.

Wäre es nicht besser gewesen, diese einzelne Mehrwertsteuer-senkung nicht in das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu

schreiben, sondern das im Rahmen einer ordentlichen Mehrwertsteuerreform zu erledigen? Für so eine Reform hätte die Bundesregierung ja auch schon acht Monate Zeit gehabt ...

Regierungspolitik muss verlässliches Handeln sein. Ich finde, wir haben bisher sehr zügig gearbeitet.

Zum Start der Großen Koalition wurde die Mehrwertsteuer beträchtlich erhöht, auch damals um ein strukturelles Defizit auszugleichen – mit gewissem Erfolg: Die Staatseinnahmen sind stark gestiegen, ein befürchteter dadurch ausgelöster Wirtschaftseinbruch ist nicht eingetreten, die Proteste der Bevölkerung waren zu vernachlässigen. Kurz gefragt: Arbeiten Sie als verantwortlicher Staatssekretär gerade an erneuten Mehrwertsteuererhöhung zur Sanierung der Staatsfinanzen?

Nein! Anders als früher sind wir weit entfernt von einem sich selbst tragenden Aufschwung. Wir dürfen daher nichts unternehmen, was die nach wie vor schwache Binnennachfrage hemmt. Allein aus diesem Grund verbietet sich die Diskussion um Steuererhöhungen!

Es geht ja nicht nur um die Belastung der ohnehin schon stark strapazierten mittleren Schichten, sondern auch um die Diskussion des Spitzensteuersatzes: Selbst der Wirtschaftsflügel der CDU fordert, dass die Wohlhabenden stärker eingebunden werden. Ist das bei Ihnen nicht eine gewichtige Stimme?

Unser gemeinsames Konzept ist ausgewogen: Unsere Pläne nehmen Bürger, Wirtschaft und Staat gleichermaßen in die Pflicht. Da gibt es keine Schieflage. Und nachdem die Entscheidungen nun gefallen sind, halte ich gar nichts davon, die Diskussion endlos fortzusetzen. Die Bürger erwarten von uns, dass wir regieren, d.h. unsere Konzepte umsetzen und nicht kontrovers diskutieren. Konzentriertes Handeln ist jetzt das Gebot der Stunde.

Das Gespräch führten StB Sascha König und Till Mansmann

Das BMF in StBMag:

StBMag hat bereits mehrfach Mitglieder der Leitung des Bundesfinanzministeriums interviewt:

Barbara Hendricks, SPD, ehemalige Staatssekretärin (StBMag 12/2006), DokID UAAAD-20639

Peer Steinbrück, SPD, ehemaliger Bundesfinanzminister (StBMag 10/2007), DokID TAAAC-59036